



Sachvortragende/r	Amt / Geschäftszeichen
Stadtbaurat Ricus Kerckhoff	Amt für Stadtplanung und Bauordnung / A41 / Rad / RSS

Sachbearbeiter/in: Stefanie Pauly

Antrag Bündnis 90 / Die Grünen: Wiederherstellung und Erweiterung Radschutzstreifen

Anlagen: Antrags Bündnis 90 / Die Grünen

Beratungsfolge	Termin	Status	Beschlussart
Ausschuss für Umwelt und Mobilität	07.10.2020	öffentlich	Beschluss

Beschlussvorschlag:

1. Im Zuge von Baumaßnahmen entfernte Radschutzstreifen sind – wie bisher – nach Möglichkeit zeitnah wiederherzustellen.
2. Nicht mehr deutlich erkennbare Radschutzstreifen und Rad-Symbole sind im Rahmen der bestehenden Kapazitäten und Möglichkeiten zu erneuern.
3. Lücken im Radwege- bzw. Radschutzstreifennetz sollen vorerst nur geschlossen werden, sofern dies konfliktfrei möglich ist.
4. Im Fall von Konflikten mit dem ruhenden Verkehr gilt der 2010 beschlossene Kriterienkatalog weiter, bis im Rahmen des Mobilitätsplanes ein neues Konzept zum Umgang mit Anträgen auf Demarkierung von Radschutzstreifen beschlossen wird.

Finanzielle Auswirkungen	x	Ja	Nein
Kosten lt. Beschlussvorschlag		150 €	
Gesamtkosten der Maßnahme davon für die Stadt		150 €	
Haushaltsmittel vorhanden?		Ja	
Folgekosten?		Unterhalt	

Klimaschutz	
I. Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:	II. Wenn ja, negativ: Bestehen alternative Handlungsoptionen?
x Ja, positiv*	x Ja*, aber nicht empfehlenswert

x	Ja, negativ*		Nein*
	Nein		

*Erläuterungen dazu sind im Sachvortrag aufzuführen.

I. Zusammenfassung

Entsprechend dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen werden Radschutzstreifen wiederhergestellt, wenn Sie im Zuge von Baustellen beseitigt wurden oder nicht mehr deutlich erkennbar sind. Lücken im Netz der Radschutzstreifen sollen geschlossen werden, wenn dies ohne absehbare Konflikte möglich ist. Für Konfliktfälle und wenn Radschutzstreifen entsprechend dem 2012 beschlossenen Kriterienkatalog für Anträge auf Demarkierung von Radschutzstreifen demarkiert wurden, empfiehlt die Verwaltung zu warten bis neue verkehrliche Ziele bzw. ein neues verkehrliches Leitbild beschlossen sind und ein daran angepasstes Konzept für den Umgang mit Anträgen auf Demarkierung vorliegt.

II. Sachvortrag

1. Antrag

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat den Antrag gestellt, dass Radschutzstreifen im laufenden Jahr wiederhergestellt werden sollen, soweit sie durch Deckenerneuerung beseitigt wurden oder nicht mehr deutlich erkennbar sind. Dabei sollen bisherige Lücken (Beispiel Hindenburgstraße, Reichenbacher Straße) geschlossen werden. Rad-Markierungen (thermoplastische Rad-Symbole) sollen erneuert werden. Radschutzstreifen sollen Vorrang gegenüber Parkplätzen haben.

Der Antrag wird damit begründet, dass im Rahmen der Erneuerungen von Fahrbahndecken Radschutzstreifen an verschiedenen Stellen beseitigt und nicht wiederhergestellt wurden. Im Aufstellbereich von Ampeln sind viele Markierungen nicht mehr erkennbar. Die Notwendigkeit eines möglichst durchgehenden Radwegenetzes, bzw. von Radschutzstreifen, dort wo keine Radwege möglich sind, wird betont.

2. Vorgeschichte

2009 wurden wegen der damaligen StVO Novelle¹ an einigen Stellen im Stadtgebiet Radschutzstreifen demarkiert. Dies geschah u.a. im Bereich bestimmter Einrichtungen², weil dort Konflikte zwischen Radschutzstreifen und mit dem ruhenden Verkehr absehbar waren.

2010 wurde – vor dem Hintergrund einer Reihe aus der Bürgerschaft kommender Anträge auf Demarkierung von Radschutzstreifen – ein Kriterienkatalog beschlossen, nach dem solche Anträge behandelt werden sollen. Diese Liste ist bis heute dienlich, weil damit viele Anträge abgewiesen werden konnten. Maßgeblich ist, dass Demarkierungen nur möglich sein sollen, wenn sie Vielen nutzen und nicht Einzelnen dienen. Zudem wird damit der Nachweis gefordert, dass es auf den privaten Grundstücken keine Möglichkeit gibt, weitere Parkplätze zu schaffen.

3. Stellungnahme der Verwaltung

Die Erneuerung einer zuvor vorhandenen Markierung im Zuge von Baumaßnahmen ist selbstverständlich. Dies geht jedoch nicht immer sofort. Manchmal sind Fahrbahndecken noch provisorisch, da absehbar ist, dass die Straße nochmal aufgebrochen werden muss. Zum anderen gelingt es nicht immer zeitnah freie Kapazitäten bei Markierungsfirmen zu finden.

Es wurde und wird auch geprüft, wo Radschutzstreifen und die thermoplastischen Radsymbole der Erneuerung bedürfen.

¹ Parkverbot durch Radschutzstreifen ohne Beschilderung impliziert

² u.a. Bäckerei und Gaststätte an der Reichenbacher Straße, Sportstätten an der Gutenbergstraße mit Blick auf Veranstaltungen und Wettkämpfe, Gaststätte an der Rittersbacher Straße

Die 2009 demarkierten Radschutzstreifen erfüllen die Anforderungen aus dem Kriterienkatalog.

Die Verwaltung empfiehlt, zur Abwehr von Demarkierungsanträgen den Kriterienkatalog zunächst beizubehalten. Aufbauend auf den im Mobilitätsplan zu beschließenden neuen verkehrlichen Zielen/Leitbild kann eine neue Strategie entwickelt und festgelegt werden, anhand der Einzelfälle zukünftig überprüft und bewertet werden.

Neue Radschutzstreifen werden, wo dies konfliktfrei möglich ist, markiert (z.B. Teilstück der Hindenburgstraße zwischen Schillerstraße und Stirnerstraße³).

Wo dies – oder die Korrektur von nicht regelkonformen Ausführungen (z.B. Wittelsbacher Straße / Weißenburger Straße) – zu Konflikten z.B. mit dem ruhenden Verkehr führt, ist aus Sicht der Verwaltung eine Entscheidung anhand der für Schwabach insgesamt zu beschließenden verkehrlichen Ziele im Rahmen der strategischen Verkehrsplanung erforderlich.

III. Kosten

Die Neumarkierung / Erneuerung von Radschutzstreifen mit Radsymbolen kostet 15 € / laufendem Meter.

Mit Ausnahme der geplanten Markierung in der Hindenburgstraße (Stirner Straße bis Schillerstraße: ca. 100 m = 150 €) sind – entsprechend dem Beschlussvorschlag – derzeit keine über den Unterhalt oder in den Baukosten enthaltende Markierungskosten hinausgehenden - Kosten absehbar.

IV. Klimaschutz

Aus dem Beschlussvorschlag resultieren nur geringfügige klimarelevanten Auswirkungen. Markierungsarbeiten an sich haben generell negative Auswirkungen auf das Klima. Die Alternative, nicht zu markieren, ist nicht sinnvoll.

Ein sicheres und lückenfreies Radwege- bzw. Radschutzstreifennetz wird dazu beitragen, dass mehr Menschen mit dem Rad fahren. Dadurch kann CO₂ eingespart werden. In welchem Umfang sich Lückenschlüsse bzw. bestehende und vorerst bleibende Lücken auswirken, kann nicht abgeschätzt werden.

³ Diese Markierung kann sich jedoch noch etwas hinauszögern, weil derzeit geprüft wird, ob an der Einmündung Hindenburgstraße / Schillerstraße ein Mini-Kreisverkehr möglich ist, der die Sicherheit der in Richtung Schulzentrum Mitte abbiegenden Radfahrenden erhöhen würde. (Die dort zunächst angedachte Linksabbiegehilfe musste aus Sicherheitsgründen verworfen werden.)